

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI

1. Kapitel: Vertragsabschlüsse in der Automobilindustrie (Schaeffelen)

I. Abweichungen in der Auftragsbestätigung	1
II. Bedeutung des Schweigens im Rechtsverkehr	4
1. Treu und Glauben	5
2. Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	6
3. Schriftformklauseln in Rahmenverträgen	10
III. Kann auf Auftragsbestätigungen verzichtet werden?	10
IV. Abrufe aus Rahmenverträgen	11
V. Vertragsabschlussklauseln in Rahmenverträgen	12
VI. Untergeschobene Änderungen in Vertragsentwürfen	12
VII. Bindung an ein Angebot	14
VIII. Wie lange gilt ein Angebot?	16
IX. Die Praxis der Vertragsabschlüsse in der Automobilindustrie	17
X. Anfechtung von Willenserklärungen	18
XI. Vertragsabschlüsse mit und ohne Vollmacht	20
1. Vertragsschluss durch einen Vertreter ohne Vertretungsmacht	20
2. Anscheinvollmacht	21
3. Unterschriftenzusätze von „ppa“ bis „i. A.“ und was rechtlich dahintersteckt	22
a) Innenwirkung	23
b) Außenwirkung	23
aa) Per procura	23
bb) In Vertretung	24
cc) Im Auftrag	24
4. Interne Beschränkungen von Handlungsvollmachten	25
XII. Formerfordernisse/Schriftformklauseln	26
XIII. Zugangsnachweis wichtiger Schreiben	28
1. Telefax-Sendeprotokoll: Welche Beweiskraft kommt dem „OK-Vermerk“ auf der Sendebestätigung zu?	29
2. Einschreiben mit Rückschein	30
3. Einwurfeinschreiben	30
4. E-Mail	30

VII

2. Kapitel:
Allgemeine Geschäftsbedingungen in
der Automobilindustrie
(Schaeuffelen)

I.	Einbeziehung Ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in Ihre Verträge	34
1.	Deutlicher Hinweis in den Vertragsunterlagen	34
2.	Möglichkeit zur Kenntnisverschaffung	35
3.	Annahme durch den Vertragspartner	36
II.	Kollidierende AGB	37
1.	Die Bedeutung der Abwehrklausel	37
2.	Zustandekommen des Vertrags bei kollidierenden AGB mit Abwehrklausel	38
3.	Vertragsinhalt bei kollidierenden AGB mit Abwehrklausel	38
III.	AGB-Kontrolle	42
1.	Wann sind AGB unwirksam?	42
2.	Warum die Unterscheidung zwischen AGB und Individualvereinbarung so wichtig ist	42
3.	Was fällt alles unter „AGB“ im Sinne des Gesetzes?	43
a)	Die gesetzliche Definition von AGB	44
b)	AGB durch Ausschreibung?	45
c)	AGB-Charakter auch bei einmaliger Verwendung?	45
d)	AGB-Charakter auch bei Mehrfachverwendung nur einem Vertragspartner gegenüber!	45
4.	Wann sind AGB ausgehandelt?	46
a)	Auslegung des Begriffs „aushandeln“	46
b)	Auswirkung einer ausgehandelten Klausel auf das Gesamtwerk	47
c)	Übersendung von Vertragsentwürfen mit Korrekturmöglichkeit: Individualvereinbarung?	47
d)	Individuelle Vereinbarung eines Werkvertrages als Individualvertrag: Greift AGB-Kontrolle trotzdem?	48
e)	Was gilt, wenn eine mit dem Vertragspartner ausgehandelte Klausel in einen neuen Vertrag mit demselben Vertragspartner übernommen wird?	48
5.	Wer trägt hinsichtlich des Vorliegens von AGB die Beweislast?	49
6.	Die Bedeutung salvatorischer Klauseln	50
7.	Verbot der „geltungserhaltenden Reduktion“	50
8.	Auswege aus der AGB-Kontrolle	51
9.	Initiative großer Wirtschaftsverbände gegen das AGB-Recht	53
10.	Die VDA-Einkaufsbedingungen	53

3. Kapitel: Die Haftung für den Verzug (Vietmeyer)

I. Der Verzug mit der Lieferung	59
1. Einleitung	59
2. Gesetzliche Grundlagen	59
a) Die Fälligkeit der Leistung, der Eintritt des Verzugs und die Rechtsfolgen des Verzugs	59
b) Der Ersatz des Verzugsschadens	62
aa) Der kausale und ersatzfähige Schaden sowie typische Schadenskonstellationen beim Lieferverzug	62
bb) Der Einwand des mangelnden Verschuldens und die Höhere Gewalt	65
c) Der Verzug mit einzelnen Lieferungen im Zuliefererverhältnis ..	67
d) Der Verzug mit der Annahme der Lieferung	68
e) Der Verzug im UN-Kaufrecht	68
3. Vertragliche Regelungen	69
a) Der Vertrag im Zuliefererverhältnis	69
b) Die rechtlichen Schranken vertraglicher Regelungen	70
aa) Die Wirksamkeitskontrolle nach dem Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	70
bb) Die Wirksamkeitskontrolle nach anderen Vorschriften ..	71
c) Häufig verwendete vertragliche Regelungen zur Fälligkeit und zum Lieferverzug	72
aa) Die vertragliche Vereinbarung zur Fälligkeit der Leistung	72
bb) Der vertragliche Selbstbelieferungsvorbehalt	72
cc) „Force Majeure“-Klauseln	73
dd) Die vertraglich vereinbarten Sanktionen bei Eintritt des Verzugs	73
II. Der Verzug mit der Zahlung	78
1. Gesetzliche Grundlagen	78
a) Die Fälligkeit der Zahlung und der Eintritt des Verzugs	78
b) Die gesetzlichen Folgen des Zahlungsverzugs	79
2. Vertragliche Zahlungsziele	79
a) Die Vereinbarung von Zahlungszielen durch Individualvereinbarungen	80
b) Die Vereinbarung von Zahlungszielen durch Einkaufsbedingungen	80
c) Vertragliche Sanktionen bei Eintritt des Zahlungsverzugs	81
III. Konditionenempfehlungen	81

4. Kapitel:
Vertragliche Ansprüche bei der Lieferung von
mangelhaften Sachen
(Regula)

I.	Einleitung	85	
II.	Einseitige Erklärungen	88	
III.	Gewährleistungsvereinbarungen	88	
IV.	Sachmängelhaftung gemäß BGB	92	
1.	Wann ist ein Teil mangelhaft im Sinne des BGB?	93	
a)	Objektive Anforderungen an eine Sache	94	
b)	Subjektive Anforderungen an eine Sache	99	
aa)	Beschaffenheitsvereinbarung	100	
bb)	Vertraglich vorausgesetzter Verwendungszweck	101	
cc)	Vereinbartes Zubehör und vereinbarte Anleitungen	101	
dd)	Montagevereinbarung	102	
ee)	Andere Sachen und zu geringe Menge	102	
c)	Montageanforderungen	103	
d)	Zeitpunkt des Gefahrübergangs	105	
e)	Der Sachmängelbegriff im Lichte von DIN-, EN- und Werksnormen	107	
2.	Rechte des Käufers bei Mängeln	109	
a)	Nacherfüllung	110	
aa)	Kosten der Nacherfüllung bei Verträgen die vor dem 1.1.2022 abgeschlossen wurden	110	
bb)	Kosten der Nacherfüllung bei Verträgen die nach dem 31.12.2021 abgeschlossen wurden	113	
b)	Rücktritt	114	
c)	Minderung	115	
d)	Schadensersatz	116	
aa)	Schadensersatz nach § 280 Abs. 1 BGB	117	
bb)	Schadensersatz statt Leistung nach § 280 Abs. 3 BGB	126	
e)	Pauschalierte Bearbeitungskosten	127	
f)	Aufwendungsersatz	127	
g)	Selbsthilferecht	128	
h)	Das Recht der Annahmeverweigerung zukünftiger Lieferungen	129	
i)	Das Recht, bei noch nicht ausgelieferter Ware zusätzliche Kontrollen durch den Lieferanten zu verlangen	129	
j)	Die Freistellung von Rechten Dritter	130	
3.	Verjährung von Ansprüchen wegen mangelhafter Leistung	130	
4.	Gewährleistungsfrist	133	
5.	Garantie	134	
	a)	Der Garantiebegriff	134

b) Der Erstmusterprüfbericht als besondere Form der Garantie	137
c) Die Verjährung von Garantieansprüchen	139
d) Das Unwort „Garantie“	140
V. Verhaltenspflichten des Einkäufers bei der Annahme der Ware als Voraussetzung für die Geltendmachung von Rechten	141
VI. Rechtsprobleme im Zusammenhang mit Belastungsanzeigen	143
VII. Vertrag mit digitalen Elementen	144
1. Anwendungsbereich der §§ 327ff. BGB	145
2. Der Produktmangel bei digitalen Produkten	146
3. Verjährung von Ansprüchen wegen Produktmängeln	150
4. Zeitpunkt, zu dem der Produktmangel vorliegen muss	151
VIII. Der Diesel-Abgasskandal	152
1. Einleitung	152
2. Die sachmängelhaftungsrechtliche Rechtsprechung des VIII. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes	153
3. Die Reaktion des Gesetzgebers auf den Dieselskandal	158
a) Rechtslage hinsichtlich der Fahrzeug-Typgenehmigung vor dem Dieselskandal	158
b) Die Rechtslage hinsichtlich der Fahrzeug-Typgenehmigung nach dem Dieselskandal	159

5. Kapitel: Produkthaftung

(Regula)

I. Einleitung	169
II. Grundlagen des europäischen Produkthaftungsrechts im Hinblick auf Fahrzeuge, die in der europäischen Gemeinschaft in Verkehr gebracht werden	172
III. Die produkthaftungsrechtlichen Anspruchsnormen	174
1. Haftung nach dem ProdHaftG	175
a) Schadensersatzanspruch im ProdHaftG	175
b) Produkt im Sinne des ProdHaftG	181
c) Fehler im Sinne des ProdHaftG	182
aa) Konstruktionsfehler	186
bb) Instruktionsfehler	188
cc) Fabrikationsfehler	189
dd) Produktbeobachtungsfehler	192
d) Hersteller im Sinne des ProdHaftG	209
e) Summenmäßige Haftungsbegrenzung	210
f) Selbstbeteiligung bei Sachbeschädigung	210
g) Verjährung	210
h) Absolute Ausschlussfrist	211
i) Unabdingbarkeit	211

2. Die Haftung des Herstellers für fehlerhafte Produkte aufgrund von §§ 823 ff. BGB	211
a) Hersteller, Fehler	211
b) Rechtsgutverletzung	211
c) Ersatzberechtigte	215
d) Umfang des Schadensersatzanspruchs	216
e) Verschulden	216
f) Verjährung	217
IV. Rechtliche Aspekte im Zusammenhang mit Rückrufaktionen	218
V. Der Dieselskandal aus deliktsrechtlicher Perspektive	219
VI. Strafrechtliche Produktverantwortung	226

6. Kapitel: Qualitätsmanagement in der Automobilindustrie *(Regula)*

I. Einleitung	229
II. ISO 9001:2015 – Der Paradigmenwechsel	230
1. Einbeziehung externer Themen in das Qualitätsmanagementsystem	231
2. Risikobasierter Denkansatz	232
III. Die IATF 16949:2016 – Qualitätsmanagementsystemnorm der Automobilindustrie	234
1. IATF 16949 – Der Paradigmenwechsel	235
2. Das Vertragsmanagement im Zertifizierungsaudit	237
IV. Werkzeuge des Qualitätsmanagements	242
1. Dokumentation qualitätsrelevanter Informationen	245
2. Risikoanalyse	259
3. Herstellbarkeitsanalyse	260
4. Besondere Merkmale	263
5. Lieferantenbewertung	264
6. Die Steuerung von extern bereitgestellten Prozessen, Produkten und Dienstleistungen	265
7. Produktionslenkungsplan	268
8. Freigabe von Produkten	269
V. Qualitätssicherungsvereinbarungen früher und heute	270
1. Einleitung	270
2. Inhalt einer Qualitätssicherungsvereinbarung	271
a) Regelungsbereich einer Qualitätssicherungsvereinbarung	271
b) Kerninhalte einer Qualitätssicherungsvereinbarung:	272
c) Allgemeine Bestimmungen in Verträgen:	273
aa) Präambel:	273
bb) Verantwortlichkeit	273

cc)	Qualitätsmanagementsystem	274
dd)	Audits	274
ee)	Kommunikation mit dem Kunden des Auftraggebers	276
ff)	Geheimhaltung	276
gg)	Rechtsbehelfe wegen der Verletzung der QSV	276
hh)	Mitgeltende Unterlagen	277
ii)	Allgemeine Bestimmungen	277
jj)	Datenschutzklausel	277
kk)	Vertragsdauer, Änderung, Kündigung	278
ll)	Anzuwendendes Recht	279
mm)	Gerichtsstand	280
nn)	Teilnichtigkeitsklausel	280

7. Kapitel: Geheimhaltungsvereinbarungen (*Hartung*)

I.	Einführung	281
II.	Einseitige oder wechselseitige Gestaltung der Vereinbarung?	283
III.	Welche Informationen sind überhaupt geschützt?	284
IV.	Welche Ausnahmen sind erforderlich?	286
V.	Welche Verbote oder Beschränkungen sind sinnvoll?	287
VI.	Welche Sanktionen drohen bei Verstößen?	289
1.	Gesetzliche Ansprüche	290
2.	Vereinbarung einer Vertragsstrafe	292
VII.	Wann endet die Geheimhaltungsvereinbarung?	294
VIII.	Wie lange dauert die Verpflichtung zur Geheimhaltung?	296
IX.	Wie werden Streitigkeiten entschieden?	297
1.	Staatliche Gerichtsbarkeit	297
2.	Schiedsgericht	297
X.	Grenzen von Geheimhaltungsvereinbarungen	299

8. Kapitel: Werkzeugverträge (*Vietmeyer*)

I.	Einleitung	301
II.	Interessen der Beteiligten und typische Konstellationen in Zuliefererverhältnissen	301
III.	Der Abschluss des Werkzeugvertrags und das Werkzeug in der Insolvenz	302
1.	Der Vertragsabschluss	302
2.	Die gesetzlichen Schranken vertraglicher Regelungen	302

a) Die Wirksamkeitskontrolle nach dem Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und andere zwingende Rechtsvorschriften	302
b) Das Werkzeug in der Insolvenz	304
aa) Das Werkzeug in der Insolvenz des Lieferanten	304
bb) Das Werkzeug in der Insolvenz des Abnehmers	305
IV. Häufig verwendete vertragliche Regelungen über Werkzeuge in Zulieferverhältnissen	306
1. Vereinbarungen zum Eigentum und zur Herausgabe	306
2. Vereinbarungen zur Instandhaltung, Einlagerung etc.	308
3. Vereinbarungen zur Ausschließlichkeit	310
a) Der Abnehmer ist Eigentümer des Werkzeugs und der Lieferant „verlängerte Werkbank“	310
b) Der Lieferant ist Inhaber von Werkzeug und Know-how	311
4. Sonstige Vereinbarungen	312
V. Konditionenempfehlungen	313

9. Kapitel: Grenzüberschreitende Lieferbeziehungen (*Hartung*)

I. Welches staatliche Recht gilt?	315
1. Verträge zwischen deutschen Vertragspartnern	315
2. Verträge zwischen einem deutschen Unternehmen und einem Vertragspartner im Ausland	315
II. UN-Kaufrecht	320
1. Rechtsnatur des UN-Kaufrechts	320
2. Anwendungsvoraussetzungen	321
3. Was regelt das UN-Kaufrecht?	322
4. Ist das UN-Kaufrecht gegenüber BGB und HGB eher käuferfreundlich oder begünstigt es eher den Lieferanten?	323
5. Ausschluss des UN-Kaufrechts	324
III. Gerichtsstandsvereinbarungen	326
IV. Schiedsgerichtsverfahren	328
1. Institutionelle Schiedsgerichte und Ad-hoc-Schiedsgerichte	328
2. Vorteile und Nachteile von Schiedsgerichtsverfahren	329
3. Die Schiedsklausel im Vertrag	331
V. INCOTERMS®	332

10. Kapitel: Insolvenz des Vertragspartners (*Happe*)

I. Einleitung	335
---------------------	-----

II. Das Antragsverfahren	336
1. Allgemeines	336
2. Insolvenzgründe	338
3. Sicherungsmaßnahmen	339
4. Eröffnungsbeschluss	341
III. Rangstufen von Forderungen	341
1. Insolvenzforderungen	342
2. Masseverbindlichkeiten und Masseunzulänglichkeit	342
3. Aus- und Absonderungsrechte	344
IV. Forderungsanmeldung und Prüfungsverfahren	345
V. Gläubigerautonomie	348
1. Gläubigerversammlung	349
2. Gläubigerausschuss	351
VI. Erfüllungswahlrecht und Lösungsklauseln	352
VII. Insolvenzanfechtung	355
1. Gläubigerbenachteiligung	356
2. Bargeschäft	357
3. Die Anfechtungstatbestände	357
a) §§ 130, 131 InsO	358
b) § 133 InsO	359
VIII. Aufrechnung	360
IX. Insolvenzplanverfahren	362
X. Eigenverwaltung und Schutzschilderungsverfahren	365
XI. Zusammenfassung und Fragenkatalog	367

11. Kapitel: Versicherungen *(Schlitter)*

I. Einleitung	371
II. Haftungsgrundlagen	371
1. Schadensersatzansprüche aus unerlaubter Handlung	371
2. Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz	373
3. Haftung wegen vertraglicher Pflichtverletzung	374
a) Mangelfolgeschäden	374
b) Verschulden bei Vertragsschluss	375
c) Schadensersatz statt der Leistung	375
III. Betriebliche Haftpflichtversicherungen und deren Bedingungswerke	376
1. Grundlagen	376
2. Gegenstand der Versicherung (Personen- und Sachschäden)	378
3. Einschluss von echten Vermögensschäden	379
a) Versicherungsschutz für vertraglich begründete Schadensersatzansprüche	379

b) Einzelheiten zum Schadensersatz aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen	381
c) Einzelheiten zum Versicherungsschutz für echte Vermögensschäden	383
aa) Verbindungs-, Vermischungs- und Verarbeitungsschäden	384
bb) Weiterver- oder -bearbeitungsschäden	385
cc) Aus- und Einbaukosten	386
dd) Prüf- und Sortierkosten	388
4. Einbeziehung von Auslandsschäden	390
5. Die wichtigsten Ausschlüsse	390
6. Die Kfz-Rückrufkostendeckung bzw. Kfz-Zulieferpolice	391
a) Gegenstand der Versicherung (Ziffer 1 der Kfz-Zulieferpolice)	392
b) Deckungsvoraussetzungen	392

12. Kapitel:

Rechtsfragen im Zusammenhang mit autonomen Fahrzeugen

(Regula)

I. Einleitung	395
II. Der rechtliche Fokus beim autonomen Fahren	396
III. Sicherheitsanforderungen beim autonomen Fahrzeug	398
IV. Typgenehmigung	401
V. Leistungsfähigkeit des autonomen Fahrens gegenüber dem manuellen Fahren	406
VI. Datenschutz und IT-Sicherheit	409
VII. StVO/StVG	421
VIII. Haftung	423
IX. Ausblick	427

13. Kapitel:

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

(Regula)

I. Einleitung	429
II. Welche Unternehmen sind zur Anwendung des LkSG verpflichtet? ..	435
1. Verpflichtung nach dem Gesetz	435
2. Verpflichtung zur Beachtung des LkSG aufgrund vertraglicher Vereinbarung	439
III. Verpflichtungen der Unternehmen, welche sich aus dem LkSG ableiten	440
1. Die Einrichtung eines Risikomanagements	441
2. Die Festlegung einer betriebsinternen Zuständigkeit	457
3. Die Durchführung regelmäßiger Risikoanalysen	457
4. Die Grundsatzerklärtung	505

5. Die Verankerung von Präventionsmaßnahmen	511
a) Die Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	511
b) Die Verankerung von Präventionsmaßnahmen im Verhältnis zu unmittelbaren Zulieferern	512
6. Das Ergreifen von Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich und bei unmittelbaren Zulieferern	513
a) Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	514
b) Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	517
7. Die Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens	518
8. Die Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern	528
9. Die Dokumentationspflicht	529
10. Die Berichtspflicht	530
IV. Sanktionen	532
1. Der Bußgeldkatalog des § 24 Abs. 1 und 2 LkSG	533
2. Sonderregel für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 400 Mio. EUR	538
3. Sonderregel für Unternehmen, die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen	539
Sachregister	541
Download des Zusatzmaterials	551